

Stadt Marienmünster

Der Bürgermeister



Niederschrift

01/075/2023

über die Sitzung **des Rates**
am **Mittwoch**, dem **22.11.2023**, von **18:30 Uhr** bis **20:35 Uhr**
im **Sitzungssaal des Rathauses**

Anwesend:

Bürgermeister

Josef Suermann

CDU

Uwe Bickmann

Josef Büker

Klaus-Peter Gosse

Marcus Kaiser

Stefan Köhne

Elmar Konrad Krüger

Hermann Müller

Mathias Schmidt

bis einschl. TOP 5

GRÜNE

Jutta Fritzsche

Matthias Loges

Rainer Neumann

Dominik Wichmann

bis einschl. TOP 3

UWG

Reinhard Lammersen

Josef Wolff

SPD

Sybille Mocker-Schmidt

Stefanie Pohlmeier

Michael Potthast

WGB

André Budde

Elmar Stricker

von der Verwaltung

Stefan Niemann

Kai Schöttler

Protokollführer

Elmar Meyer

Abwesend:UWG

Thorsten Hölting

Presse: ./Gäste: 2**Öffentlicher Teil****1. Eröffnung der Sitzung**

Bürgermeister Josef Suermann begrüßt die Anwesenden und stellt widerspruchslös die form- und fristgerechte Ladung zur Sitzung und die Beschlussfähigkeit fest. Sein besonderer Gruß gilt Anne Sondermann, der neuen Leiterin des Familienzentrums Marienmünster.

2. Vorstellung der neuen Leiterin des Familienzentrums Marienmünster Anne Sondermann

Nach Einleitung von Bürgermeister Josef Suermann stellt sich Anne Sondermann als neue Leiterin des Familienzentrums vor. Sie gibt einen Überblick über ihren bisherigen beruflichen Werdegang. Sie teilt mit, dass sie seit Januar 2014 in leitender Funktion im Kindergartenbereich tätig sei und die zentrale Leitung des Familienzentrums Marienmünster seit dem 01.07.2023 übernommen habe.

Elmar Meyer ergänzt, dass Frau Sondermann seit ihrer Dienstaufnahme bereits zahlreiche Umstrukturierungsmaßnahmen umgesetzt und sich eine gute Zusammenarbeit entwickelt hat.

**3. Entscheidung zur Weiterführung oder Aufgabe der Planung zum sachlichen Teilflächennutzungsplan "Windenergie"
Vorlage: 770/2023**

Bürgermeister Josef Suermann führt aus, dass das Thema Windkraft Rat und Verwaltung bereits seit Jahren begleite. Durch regelmäßige neue rechtliche Vorgaben habe sich das Verfahren durch zwangsläufig erforderliche Nachbesserungen verzögert.

Die zweite Offenlage zur Aufstellung des sachlichen Teilflächennutzungsplanes „Windenergie“ für den Außenbereich des Stadtgebiets Marienmünster sei am 09.11.2023 beendet worden.

Die Ausbauplanung der Windenergie werde ab dem 01.02.2024 in die Hände der Regionalräte bei den Bezirksregierungen gelegt. In den ersten durch die Bezirksregierung Detmold vorgelegten Plänen seien geringere Ausbaufächen als in der kommunalen Flächennutzungsplanung vorgesehen.

Stefan Niemann fasst den aktuellen Sachstand anhand einer Powerpointpräsentation (Anlage) zusammen und verdeutlicht die Unterschiede zwischen den Flächenausweisungen der Regionalplanung und der städtischen Flächennutzungsplanung. Er empfiehlt abschließend, die bishe-

rige kommunale Planung trotz der bislang angefallenen Kosten und aufgrund der Änderung der gesetzlichen Rahmenbedingungen aufzugeben. Er führt dazu aus, dass die über den Flächennutzungsplan der Stadt festgelegten Flächen immer zusätzlich zu den regionalplanerisch festgelegten Flächen gelten würden. Durch die aktuellen Kriterien der Regionalplanung könnten durch die Annahme von Mindestflächengrößen und größere Abstände zu Wohnen im Außenbereich Flächen entfallen. Zudem lägen zahlreiche kritische Stellungnahmen in der laufenden Flächennutzungsplanung vor, die zu einer gewissen Rechtsunsicherheit beitragen. Er betont gleichzeitig aber auch, dass die vorgestellten Informationen der aktuellen Rechtsauffassung der Verwaltung entsprechen und zukünftige Entwicklungen noch nicht absehbar seien.

Mathias Schmidt kritisiert die Landes- und Bezirksregierung für den unbefriedigenden Verfahrensverlauf und den damit verbundenen Vertrauensverlust. Auch Josef Büker bringt seinen Unmut zum Ausdruck und kritisiert die Schwächung der kommunalen Selbstverwaltung im Bereich der Planungshoheit. Er lehnt die Einstellung der kommunalen Planung ab. Elmar Stricker verweist auf eine „staatlich verordnete Entmündigung“, die nicht kritiklos hingenommen werden dürfe. Er spricht sich mit Mathias Schmidt dafür aus, den bestehenden Unmut durch eine fraktionsübergreifende Stellungnahme in der Presse zum Ausdruck zu bringen.

Rainer Neumann führt aus, dass es stets Ziel gewesen sei, Mensch und Natur in diesem laufenden Verfahren weitestgehend zu schonen. Er sehe daher keinen Vorteil darin, die kommunale Planung fortzuführen. Gleichzeitig kritisiert er die überproportionale Belastung der Kreise Paderborn und Höxter.

Die Vorgehensweise der Landesregierung, in dem sie das bisherige Verfahren durch wiederholte neue Vorgaben blockiert hat, wird von Sybille Mocker-Schmidt kritisiert. Stefanie Pohlmeier bemängelt, dass den Kommunen das Mitspracherecht entzogen wird und spricht sich dennoch für die Einstellung der Flächennutzungsplanung aus.

Josef Wolff unterstützt die bisherigen Statements und äußert seine Enttäuschung über die Herangehensweise der Bundes- und Landesregierung. Er stellt heraus, dass die Regionalplanung geringere Flächenanteile für Windkraftanlagen vorsehe und die Belastung der Bevölkerung dadurch reduziert werden könne. Er sehe daher, auch angesichts der durch die kritischen Stellungnahmen bestehenden Rechtsunsicherheiten, gleichfalls keinen Vorteil darin, die kommunalen Planungen fortzuführen.

Auf die Frage von Josef Wolff erklärt Stefan Niemann, dass noch nicht abschließend geklärt sei, ob Bestandsanlagen in die Berechnung der Erreichung des Flächenbeitragswertes einbezogen werden.

Marcus Kaiser betont die Notwendigkeit, Bestandsanlagen einzubeziehen und diesbezüglich auf die Bezirksregierung einzuwirken. Bürgermeister Josef Suermann und Stefan Niemann weisen darauf hin, dass bereits entsprechende Eingaben erfolgt seien.

Auf die Befürchtung von Elmar Stricker, dass durch neue Kriterien die Möglichkeiten für ein willkürliches Vorgehen eröffnet werden könnten, erläutert Stefan Niemann, dass durch die Bezirksregierung einheitliche Kriterien für den gesamten Regierungsbezirk aufgestellt werden. Zusätzliche Flächen könnten nur dann ausgewiesen werden, wenn diese Kriterien verändert würden.

Auf die Frage von Josef Büker führt Stefan Niemann aus, dass Ziel 10.2-13 im Landesentwicklungsplan NRW vorsieht, dass für den Fall, dass der Antrag für eine Windkraftanlage den Festsetzungen des Regionalplans und des Flächennutzungsplans widerspricht, eine Rückstellung nach § 36 des Raumordnungsgesetzes erfolgen kann.

Bürgermeister Josef Suermann verweist darauf, dass es stets Ziel gewesen sei, das Landschaftsbild zu schonen und die Anzahl an Windkraftanlagen zu begrenzen. Dieses Ziel könne nach jetzigem Stand trotz der bestehenden Unsicherheiten, auch aufgrund der zeitlichen Zwänge, besser über die Regionalplanung erreicht werden.

Elmar Krüger äußert energisch Kritik an der Vorgehensweise der Bundes- und Landesregierung, die nicht kritiklos hingenommen werden sollte. Er bemängelt, dass man nach jahrelanger kommunaler Vorarbeit nun aus pragmatischen Gründen der Regionalplanung folgen soll.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zur Aufstellung eines sachlichen Teilflächennutzungsplanes „Windenergie“ für den gesamten Außenbereich des Stadtgebiets von Marienmünster.

Das Verfahren wird nicht weitergeführt.

Die Aufhebung der Planung ist der Öffentlichkeit bekanntzugeben.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen, bei 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung

4. Satzung über die Festsetzung der Realsteuerhebesätze für das Haushaltsjahr 2024 Vorlage: 774/2023

In Ergänzung zur Beschlussvorlage betont Kai Schöttler angesichts der sich abzeichnenden erheblichen finanziellen Zwänge die Notwendigkeit, alle Einnahmemöglichkeiten auszuschöpfen. Die vorgeschlagene Anpassung der Grundsteuer B an den erhöhten fiktiven Hebesatz sei eine der wenigen Möglichkeit, die Einnahmesituation zu verbessern.

Mathias Schmidt, Josef Wolff und Elmar Stricker lehnen den Beschlussvorschlag namens Ihrer Fraktionen ab, um den Steuerzahler nicht weiter zu belasten.

Nach Einschätzung von Sybille Mocker-Schmidt sollten zunächst die Einsparmöglichkeiten ausgereizt werden. Die angedachte Mehrbelastung der Steuerzahler halte sie hingegen für überschaubar.

Marcus Kaiser betont die Notwendigkeit, auf die Höhe der Kreisumlage Einfluss zu nehmen.

Auf den Hinweis von Josef Wolff, zunächst die Haushaltsplanung für das Jahr 2024 abzuwarten, eröffnet Kai Schöttler das Angebot, bis zur nächsten Ratssitzung am 06.12.2023 Rahmenbedingungen für den Haushalt zur Verfügung zu stellen und die abschließende Beschlussfassung über diesen Punkt auf diese Sitzung zu vertagen.

Rainer Neumann greift diesen Vorschlag auf und stellt den Geschäftsordnungsantrag, diesen Tagesordnungspunkt auf die Sitzung des Rates am 06.12.2023 zu verschieben.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen, bei 4 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen

**5. Vertretung der Stadt Marienmünster in der Gesellschafterversammlung der MVZ Marienmünster GmbH
Vorlage: 767/2023**

Beschluss:

Die Stadt wird in der Gesellschafterversammlung der MVZ Marienmünster GmbH i.G. durch den Bürgermeister und 6 Ratsmitglieder vertreten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

Nach Benennung durch die Fraktionen ergeht folgender

Beschluss:

Folgende Ratsmitglieder werden in die Gesellschafterversammlung gewählt:

1. Mathias Schmidt
2. Stefan Köhne
3. Jutta Fritzsche
4. Thorsten Hölting
5. Sybille Mocker-Schmidt
6. André Budde

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**6. Nachfolge von Helmut Lensdorf als Vertreter der Stadt in Unternehmen und Einrichtungen
Vorlage: 768/2023**

Sybille Mocker Schmidt schlägt Michael Potthast als Nachfolger von Helmut Lensdorf als Vertreter der Stadt in Unternehmen und Einrichtungen vor. Weitere Vorschläge erfolgen nicht.

Beschluss:

Als Nachfolger für Herrn Helmut Lensdorf wird Michael Potthast zum stellvertretenden Mitglied im Beirat für Tourismus bei der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung, in der Landschaftsstation des Kreises Höxter e.V. und im Kuratorium der Kulturstiftung, gewählt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

7. Mitteilungen und Anfragen

7.1. Fortschreibung des Abwasser- und Niederschlagswasserbeseitigungskonzeptes

Bürgermeister Josef Suermann weist darauf hin, dass die Fortschreibung des Abwasser- und Niederschlagswasserbeseitigungskonzeptes für den Zeitraum 2024 bis 2029 ansteht. In der Vergangenheit sei eine Vorberatung im Ausschuss für Umwelt, Planen und Bauen erfolgt. Sollte hierfür keine Notwendigkeit gesehen werden, könne dieser Punkt bereits in der kommenden Ratssitzung am 06.12.2023 abschließend beschlossen werden. Sofern noch Beratungsbedarf gesehen werde, könne die Rückverweisung an den Ausschuss für Umwelt, Planen und Bauen beschlossen werden. Zur Vorbereitung werde die entsprechende Vorlage bereits jetzt in das Ratsinformationssystem eingestellt.

7.2. Sitzungszeiten des Rates

Auf die Frage von Bürgermeister Josef Suermann wird sich dahingehend verständigt, die Ratssitzungen auch zukünftig um 18.30 Uhr beginnen zu lassen.

7.3. Ferientheater Marienmünster

Rainer Neumann teilt mit, dass das in der Abtei Marienmünster vorbereitete Ferientheater für den Heimatpreis des Kreises Höxter nominiert wurde. Er dankt dem Rat für die Unterstützung.

7.4. Präferenzraum für Rhein-Main-Link

Auf die Frage von Marcus Kaiser teilt Bürgermeister Josef Suermann mit, dass er an der Informationsveranstaltung am 27.11.2023 teilnehmen werde, bei der die Details zum Präferenzraum für die Trasse Rhein-Main-Link vorgestellt werden sollen. Über die Ergebnisse werde er in der Ratssitzung am 06.12.2023 berichten.

7.5. Nachtbeleuchtung in den Gewerbegebieten

Hermann Müller regt aufgrund aktueller Vorfälle aus Sicherheitsgründen an, die Gewerbegebiete in den Nachtstunden zu beleuchten. Unter Kostenaspekten sieht Bürgermeister Josef Suermann diesen Vorschlag kritisch. Zudem sei es den EinwohnerInnen nur schlecht zu vermitteln, dass in den Nachtstunden Gewerbegebiete, nicht aber die Ortsbereiche, beleuchtet werden.

8. Fragen von Einwohnern

8.1. Windkraft

Auf die Frage eines Einwohners äußert Bürgermeister Josef Suermann die Einschätzung, dass die städtische Flächennutzungsplanung bei einer Fortführung des Verfahrens genehmigungsfähig gewesen wäre.

gez. Josef Suermann
Vorsitzende/r

gez. Elmar Meyer
Protokollführer/in